

Donnerstag, 25. Oktober 2018

Europäische Universitäten

Voraussetzungen nicht erfüllt: Die Uni Basel ist offiziell draussen



Blick auf eine Karte, die die Länder zeigt, die am Austauschprogramm Erasmus teilnehmen. (Symbolbild) © Keystone

EU-Entscheidung: Die Voraussetzungen, am Pilotprojekt Europäische Universitäten teilzunehmen, sind nicht erfüllt.

Es lag seit langem in der Luft, nun ist es offiziell. Um zu den 20 «Europäischen Universitäten» zu gehören, die bis 2024 geplant sind, müssen mindestens drei Hochschulen aus drei verschiedenen EU-Mitgliedsstaaten stammen. Die Initiative dafür stammt ursprünglich vom französischen Präsidenten Emmanuel Macron. Zusätzlich dürfen Universitäten teilnehmen, die beim Programm für Mobilitäts- und Bildungskooperation Erasmus+ mitmachen. Die Voraussetzungen für die Pilotausschreibung wurden gestern von der EU-Kommission veröffentlicht.

Die Uni Basel fällt also gleich doppelt durch die Maschen. Eine EU-Mitgliedschaft der Schweiz dürfte auf lange Zeit kein Thema sein. Zudem wurde die Schweiz wegen der Masseneinwanderungsinitiative vom Programm Erasmus+ ausgeschlossen und hat bisher keinen Antrag auf Wiederaufnahme gestellt.

«European Campus» ist keine Hilfe

Es hilft wenig, dass die Uni Basel seit bald drei Jahren mit dem «European Campus» zur europäischen Avantgarde der grenzübergreifenden Zusammenarbeit zwischen Hochschulen gehört. Mitglieder sind mit Strassburg, Colmar/Mulhouse, Karlsruhe, Freiburg und Basel die fünf Universitäten am Oberrhein.

Janosch Nieden, Direktor des «European Campus», sagt zu den Folgen der Pilotausschreibung: «Das bedeutet, dass offen ist, ob im Rahmen von Erasmus+, also der Lehre, direkte EU-Gelder nach Basel fließen können.» Dabei ist die Ausschreibung der EU-Kommission eindeutig. Für etwaige assoziierte Mitglieder, die die oben definierten Voraussetzungen wie die Uni Basel nicht erfüllen, schliesst sie ausdrücklich den Bezug von EU-Geldern aus.

Eric Nussbaumer, Baselbieter SP-Nationalrat und Mitglied der aussenpolitischen Kommission, regt sich über die «unbegreifliche Bildungspolitik» des Bundesrats auf. «Basel ist die erste Region, die unter dieser Politik leidet. Hinter diesem eigenbrötlerischen Modell steht kein europäischer Gedanke.» Die Schweiz hatte, seitdem sie 2014 als Programmland für Erasmus+ ausgeschieden war, im Alleingang eine Übergangslösung geschaffen.

Nussbaumer verweist auf die vom Nationalrat und vom Ständerat angenommene Motion, die klar fordert, dass die Schweiz ab der nächsten Budgetperiode 2021 wieder bei Erasmus+ mitmacht. «Bisher hat der zuständige Bundesrat Johann Schneider-Ammann nicht darauf reagiert und den Parlamentsauftrag missachtet.» Der Nationalrat betont, dass Erasmus+ nicht mehr auf die Universitäten beschränkt sei: «Man könnte in diesem Rahmen auch viel für die Berufsbildung und das duale Bildungssystem machen.»

Swissuniversities, der Zusammenschluss der Schweizer Hochschulen, hat bereits im Frühjahr 2017 davor gewarnt, dass dem Wissenschaftsplatz Schweiz durch die Nichtteilnahme am Programm der mittel- und langfristige Verlust der Internationalität drohe.

Nieden setzt auf den «Europäischen Verbund für territoriale Zusammenarbeit» (EVTZ), zu dem sich die Universitäten zusammengeschlossen haben. «Wir gehen davon aus, dass Basel als Mitglied des EVTZ an Projekten des European Campus beteiligt sein wird.» EU-Gelder wird die Basler Uni deshalb aber dennoch nicht bekommen.

Der «European Campus» hat sich bereits bemüht, die neuen Voraussetzungen für eine Europäische Universität zu erfüllen. Diesen Sommer unterzeichnete er Absichtserklärungen für die Zusammenarbeit mit der Adam-Mickiewicz-Universität im polnischen Posen und der ungarischen Semmelweis-Universität in Budapest. Sie sollen in den nächsten Monaten konkretisiert werden und betreffen die Forschungsschwerpunkte des «European Campus».

Für die Uni Basel dürfte vor allem der Kontakt nach Ungarn interessant sein. Die Semmelweis-Universität ist auf Medizin, Zahnmedizin und Pharmazie spezialisiert. Diese Fächer werden auch auf Deutsch unterrichtet.

Forschung nicht betroffen

Vom «European Campus» profitiert die Uni Basel in strategischen Bereichen wie der Quantentechnologie für die Entwicklung super schneller Computer und der Personal Health Care. Die Forschung sieht Nieden durch die neueste Entwicklung nicht gefährdet. Hier komme Basel über das Programm Horizon 2020 durchaus an Gelder der EU. Die Uni Basel äussert sich ähnlich. Vizerektor Thomas Grob schreibt: «Da Erasmus+ kein primäres Forschungsgefäss ist, wird das in dieser Hinsicht wenig Einfluss haben.»

Grob sieht kaum Hoffnung für den Wiedereinstieg der Schweiz in Erasmus+. Dennoch relativiert er: «Aber der Bund hat bisher Mobilitätsgelder gesprochen, damit dieser Teil für unsere Studierenden und eingeladene Dozierenden dennoch funktioniert. Ob das wieder so sein wird, wissen wir nicht mit Sicherheit.»